Berichte aus Stadt
und
Kanton Zürich

2. Hälfte April 2021

16. April

Einige Tage vor einem Gerichtstermin vor dem Bezirksgericht Zürich studiert ein Anwalt eines der Beschuldigten die Prozessakten. Was findet er da? Im Dossier wurde offensichtlich ein Dokument vergessen, nämlich ein relativ detaillierter Entwurf des zu fällenden Urteils. Ein Versehen, erklärt der Mediensprecher des Gerichtes. Dies sei nötig, um die Verhandlungen vorzubereiten. Warum überhaupt noch eine Verhandlung durchgeführt werden muss ist nicht erklärbar. Bei den Beschuldigten handelt es sich um 3 Linksaktivist*innen, die 2017 zum G-20-Gipfel nach Hamburg reisten. Ihnen wird Landfriedensbruch, Gewalt und Drohungen gegen Beamte und Teil einer öffentlichen Zusammenrottung gewesen zu sein, vorgeworfen. Ein Musterbeispiel eines politischen Prozesses mit Vorverurteilung!

Die kantonsrätliche Gesundheitskommission hat ein neues Spitalgesetz beraten. Wichtige Bestandteile dieses Gesetztes sind a) ein Lohndeckel für Ärzte von einer Million Franken pro Jahr. Im Jahre 2017 lagen 7 Ärzte über diesem Wert. b) soll es weniger Boni für die Ärzte geben, höchstens noch 30% der Gesamtvergütungen und c) sollen nur noch Spitäler auf die Spitalliste kommen, die für ihr Personal einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen haben. d) sollen auch Privatspitäler einen Mindestanteil von 50 bis 60 % Patienten mit nur einer Grundversicherung aufweisen müssen und e) sollen den Spitälern maximale Fallzahlen vorgegeben werden. Was darüber wäre, würde zu einem verminderten Tarif abgerechnet. Diese Packet hat die Kommission mit 12 zu 3 Stimmen angenommen. Im Rat dürften allerdings einige Punkte noch gekippt oder verwässert werden. So ist der Freisinn zum Beispiel gegen den Lohndeckel! Eine Million ist für diese Koryphäen wirklich nicht genug!!

17. April

Im Februar wurde das neue Taxigesetz vom Volk angenommen. Gegner gelangten bis vors Bundesgericht und wollten geltend machen, das Gesetz sei Bundesrechtswidrig, da die Wirtschaftsfreiheit verletzt sei. Das Bundesgereicht hat diese Beschwerde jetzt abgewiesen. Die Wirtschaftsfreiheit ist doch nicht allumfassend!

In der Manegg stehen alte Industriehallen. Dort will die Stadt in einigen Jahren ein Schulhaus bauen, die Hallen aber bereits jetzt abreissen. Dagegen haben linke Kreise das Referendum ergriffen. Nun hat auch der Stadtrat begriffen, dass diese Hallen sich bestens für Zwischennutzungen, zum Beispiel für Künstler, eignen würden und verhandelt jetzt mit der Eigentümerschaft, um den Baurechtsvertrag entsprechend abzuändern.

Am Vortag wurde von einem Prozess vor dem Bezirksgericht berichtet. Die Hauptverhandlung ist unterdessen geplatzt, da die Angeklagten das Verfahren als eine Farce bezeichneten, an der sie keinen Grund hätten, teilzunehmen und den Gerichtssaal verliessen. Die Verhandlung wurde daraufhin abgebrochen.

Pünktlich zu Sechseläuten wird eine Geschichte serviert, die sich vor 100 Jahren abgespielt hat. Am 6. März wurde in Zürich die Kommunistische Partei gegründet. August Bachmann, ein Schlosser, war Gründungsmitglied und auch Mitglied des grossen Stadtrates, dem heutigen Gemeinderat. Am 11. April hat dieser August Bachmann einen Anschlag auf den Böögg geplant und organisiert, dass dieser Böögg schon am frühen Nachmittag angezündet wurde. Bachmann wurde wegen Anstiftung zu böswilliger Eigentumsschädigung zu drei Monaten Gefängnis verurteil und zusätzlich zu zwei Jahren Einstellung im Aktivbürgerrecht. Jahre später wurde er dafür in den Kantonsrat gewählt…

19. April

In den 162 Gemeinden des Kantons Zürich sind die Frauen mit nur 27.6% aller Gemeinderät*innen vertreten, 2017 waren es 22%. Von den Präsidien waren nur 18% weiblich besetzt. Die durchschnittliche Gemeinderätin ist 54.7 Jahre alt, und parteilos, der durchschnittliche Gemeinderat ist 56.0 Jahre alt und ebenfalls parteilos.

20. April

Ein Verkehrsplaner hat im Kantonsrat folgende Einzelinitiative eingereicht: «Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Projektierungs-Kredit für eine Verlängerung der Sihltal-Zürich-Üetlibergbahn (SZU) vom derzeitigen Kopfbahnhof unter dem Shop-Ville - zum Hochschulquartier Zentrum/Unispital - zur Uni-Irchel und - zur ETH-Hönggerberg, mit Erweiterungsmöglichkeit bis Regensdorf zu unterbreiten» SVP, FDP, GLP und AL stimmten für die vorläufige Überweisung, die SP war dagegen. Nun ist die kantonsrätliche Verkehrskommission am Zug, dem Plenum eine Projektierungskredit vorzulegen.

Im Kantonsrat wurde das bereits mehrfach angesprochene Energiegesetz in der Schlussabstimmung mit 121 zu 46 Stimmen gutgeheissen. SVP und EDU stimmten dagegen. Ob das Referendum ergriffen wird, entscheidet der Hauseigentümerverband am 28. April.

21. April

Der Schlachthof ist eine altes Industriegebäude, das nicht mehr für seinen ursprünglichen Zweck genutzt wird. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz und wird zurzeit restauriert. Auf dem Areal wird gerade ein Kinderspielplatz eröffnet. Die Nutzung des Gebäudes nach seiner Renovation ist noch nicht festgelegt. Nun kommt ein Verein aus dem Quartier, das in einem Teil ein Quartierzentrum installieren will. Der Stadtrat sprach im März noch von einer Nutzung im Gewerbe- und Industriebereich, aber auch ein Schulstandort wird ins Auge gefasst. Wir wünschen dem Quartierzentrum gute Chancen.

Neue Runde im Stadionstreit. Gegen das Abstimmungsresultat (59.1% für das Neubauprojekt JA) sind zwei Beschwerden erhoben worden. Die erste wurde eben vom Bundesgericht gutgeheissen. Der Grund für die Gutheissung ist formaler Natur. Der Bezirksrat hat seinen ablehnenden Entscheid über die Beschwerde mit nur 4 Mitgliedern statt mit der Vollbesetzung von 5 Mitgliedern gefasst. Ein Mitglied war in den Ferien. Für das Bundesgericht ist dies ein schwerwiegender Mangel. Das Geschäft geht an den Bezirksrat zurück, der neuerlich entscheiden muss, allerdings dann müssen alle 5 Mitglieder anwesend sein! Die Zweite Beschwerde moniert die Tatsache, dass der Stadtrat erst nach der Volksabstimmung bekannt gegeben habe, dass er in einem der geplanten Hochhäuser eine Prima- und eine Sekundarschule unterbringen wolle…

Bürogebäude in Wohngebieten sind heute, in Zeiten reduzierten Bedarfs an Büroflächen nur mehr schwierig zu vermieten. So kommt es denn von Umbau von Büros in Wohnungen. Seit 2015 sollen, gemäss ZKB, in 227 Bürohäusern gut 1300 Wohnungen entstanden sein. Dazu kommen noch 1000 Wohnungen, welche nach dem Abriss von alten Bürogebäuden erstellt wurden. Auch eine Form von «Schwerter zu Pflugscharten»!

22. April

Das Bezirksgericht Zürich sprach eine 23-jährige Aktivistin, die vom Staatsanwalt mit einem Strafbefehl über Fr. 2400.00 wegen Verstosses gegen die Covid-19-Verordnung des Bundesrates verurteilt

worden war, frei. Nur weil sie mit einem Megaphon «Die Versammlung wird offiziell aufgelöst» den Schluss der Kundgebung zum Frauenstreik vom 14. Juni 2020 eingeleitet habe, sei sie nicht mit Sicherheit also Organisatorin dieser Kundgebung zu identifizieren.

Ein Initiativkomitee aus Gewerkschaften, linken Parteien und Hilfswerken hat in den Städten Kloten, Winterthur und Zürich je eine Volksinitiative eingereicht mit dem Ziel, auf Gemeindeebene einen Mindestlohn von Fr. 23.00 pro Stunde gesetzlich vorzuschreiben. In Kloten wurde die Initiative für gültig erklärt, in Winterthur steht der Entscheid noch aus und in Zürich wurde die Volksinitiative für «teilweise gültig» erklärt. Der inhaltlich wichtige Teil, die Festlegung eines Mindestlohnes von Fr. 23.00 wurde für gültig erklärt, Bedenken hat der Stadtrat mit der Schaffung einer tripartiten Kommission als Vollzugsinstanz – einer Kommission, bestehend aus Vertreter*innen der Arbeitnehmenden, der Arbeitgebenden und Vertreter*innen der Stadt. Der Stadtrat will für die Vollzugsinstanz einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Zwei Rechtsprofessoren aus St. Gallen bescheinigten dem Stadtrat die Möglichkeit, kommunale Mindestlöhne einzuführen.

Das nächste Züri Fäscht wird von 2022 um ein Jahr auf den 7. bis 9. Juli 2023 verschoben. Die organisatorischen und finanziellen Risiken für ein Züri Fäscht 2022 wären zu gross gewesen. Der Vorstand des Vereins Zürcher Volksfeste (VZV), der Trägerverein des Züri Fäscht, hat sich nach intensiver Beratung entschieden, das nächste Züri Fäscht um ein Jahr auf den 7. bis 9. Juli 2023 zu verschieben.

Die »Klimakoalition» des Gemeinderates, bestehend aus SP, Grüne, GLP, AL und EVP hat im Jahre 2019 dem Stadtrat eine Motion vorgelegt, die die Stadt Zürich dazu verpflichten soll, bis im Jahre 2030 das Klimaziel von netto null zu erreichen. Nun hat der Stadtrat geantwortet. Er unterbietet mit seinem Klimaziel den Bund, der bis 2050 netto null erreichen will, lässt der Stadt aber doch 10 Jahre mehr Zeit dieses Ziel zu erreichen, er will im Jahre 2040 bei netto null sein. Das hat ihm von Seiten der «Klimakoalition» eine eher sanfte Kritik eingebracht, von Seiten der Klimajugend eine wesentlich schärfere. Bei aller Kritik: Das Vorhaben des Stadtrates ist ambitioniert. Das zeigt ein Blick auf die Zahlen: 2016 verursachten die Zürcher*innen noch knapp 4.5 Tonnen C02 pro Kopf. Rund die Hälfte davon beim Heizen, vor allem mit Erdgas und ÖL. Der Verkehr hat mit 2 Tonnen Co2 ebenfalls einen erheblichen Anteil. 22000 Öl- und Gasheizungen müssen bis 2040 verschwinden. Der ÖV muss stark ausgebaut, der Verkehr reduziert werden. Die Klimaumrüstungen im Hausbereich sollen «sozialverträglich» vollzogen werden. Gemäss Stadtrat fallen aber nur ein Viertel aller CO2-Emissionen der Zürcher*innen auf dem Stadtgebiet selber an. Drei Viertel sind «indirekte Emissionen», welche die Lebensweise der Zürcher an anderen Orten verursacht: zum Beispiel, wenn sie fliegen oder CO2-schwere Produkte wie Beton oder Fleisch importieren. Diese indirekten Emissionen möchte der Stadtrat bis 204 um 30% reduzieren. Die Umstellungen werden kosten. Diese werden auf rund 520 Millionen Franken pro Jahre geschätzt. Ein grosser Teil dieses Betrages dürfte dem lokalen Gewerbe zugutekommen.

23. April

Das Flusskraftwerk Eglisau-Glattfelden produziert Strom. Neuerdings aber auch Wasserstoff, vielleicht der kommende Energieträger für den Auto- und Lastwagenverkehr. Zu Beginn sollen 350 Tonnen Wasserstoff produziert werden, damit kann man 1.5 Millionen Liter Diesel substituieren. Später ist geplant, die Produktion zu verdoppeln.

Für das Koch-Areal, das seit Jahren von einer gemischten Gruppe besetzt wird, hat der Stadtrat konkrete, visualisierte Baupläne vorgelegt. Bauträger sind die Genossenschaften ABZ und Kraftwerk 1 sowie ein privater Immobilienentwickler. Geplant sind 325 Wohnungen für rund 900 Menschen und ein Gewerbehaus von rund 10000 Quadratmetern. Dazukommen eine Zirkushalle und Restaurants.

Das ehemalige, überdachte Kohlelager bleibt bestehen. Das Ganze soll in einem allgemein zugänglichen «wildnishaftem Garten» stehen. Der Stadtrat erläuterte, dies sein ein Beispiel dafür, wie privater Aussenraum der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden könne – etwas, das bei der Behandlung des kommunalen Richtplanes im Gemeinderat von bürgerlicher Seite scharf kritisiert worden war.

Das Bundesgericht hat eine weit reichende Entscheidung gefällt: Die Verweigerung der Baubewilligung bei Wohnneubauten, die dem Verkehrslärm zu sehr ausgesetzt sind, ist Rechtens. Im konkreten Fall handelt es sich um den Neubau von 22 genossenschaftlichen Wohnungen an der Rotbuchstrasse, aber die Projekte Brunauparkt, Oberstrass, Bederstrasse und Schwerzenbach mit zusammen fast 900 Wohnungen sind gleich gelagert und dürften deshalb auch keine Baubewilligung erhalten. Nur – das Problem sind ja nicht die Wohnungen, sondern der Verkehrslärm. Verkehrsberuhigungen (ein Horror für die Bürgerlichen!) drängen sich auf.

Da es in der Schweiz keine Ausbildungsmöglichkeiten für muslimische Imame gibt will der Kanton eine solche schaffen. Im Ausbildungsgang soll auch auf den Kontext Kanton Zürich eingegangen werden. Zur Erinnerung: Im Kanton Zürich leben rund 100 000 Muslim*innen. Selbstverständlich ist die SVP gegen dieses Projekt.

Und zu Schluss noch dies: Das achtjährige Flachlandgorillaweibchen Mawimbi im Zoo Zürich ist gestorben.

26. April

Ereignisloses Wochenende. Die Zürcher*innen stürmten die Restaurant-Terrassen…

27. April

SVP und FDP haben im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht, die vom Kanton Zürich eine Standesinitiative verlangt, um zusätzliche Sonntagsverkäufe erlaubt zu bekommen. Eine weitere Initiative will erreichen, dass Parlamentssitzungen in Zukunft auch rein digital abgehalten werden können. Ein weiterer, freisinniger Vorstoss will volle Transparenz über Beruf, Arbeitgeber, bezahlte und ehrenamtliche Mandate der Mitglieder des Kantonsrates. Hängig ist zudem ein Vorstoss, der Offenlegung sämtlicher Spenden an die Parteien von mehr als 10‘000 Franken pro Spender*in und Jahr. Ob die Freisinnigen hier wohl auch zustimmen werden??

Die Zürcher Kantonsschulen, 22 an der Zahl, platzen aus allen Nähten. Von 2012 bis 2020 stieg die Zahl der Schüler*inne von 15808 auf 18090. Bis 2050 rechnet man mit weiteren 6000 Schüler*innen. Verschiedene Kantonsschulen werden erweitert, andere werden neu dazukommen.

28. April

Das Zürcher Hallenstadion hat im Jahre 2020 einen Verlust von 2.6 Millionen Franken «erwirtschaftet» Dabei waren die ersten 3 Monate durch eine Pandemie-Versicherung abgedeckt und die Beschäftigten in die Kurzarbeit geschickt, also hat das Hallenstadion von der Arbeitslosenkasse Beiträge eingesteckt. Der Umsatz brach um 74% ein. Die Finanzdirektion des Kantons verzichtet bis 2030 auf die Rückzahlung der geschuldeten Kreditraten. Die Stadt will zwei Millionen locker machen. Das muss aber noch durch den Gemeinderat.

Der Erweiterungsbau des Kunsthauses von Architekt Chipperfield, das 206 Millionen Franken kostet, besticht durch seine schnörkellose Fassade. Nun können es Sicherheitsleute nicht lassen, den guten Eindruck mit drei grossen Videokameras zu verschandeln. Was genau hier eingebaut wurde, will das Kunsthaus aus «Sicherheitsgründen» nicht verraten. Es ist schon ein sehr gutes Gefühl, dass man auch im Kunsthaus (über-) bewacht wird!

Im Zeichen der Energiewende sind grosse Investitionen in erneuerbare Energien wie die Sonnenenergie sehr erwünscht. Dazu eigenen sich natürlich vor allem die Dächer. Eigentlich sollte kein Neubau mehr bewilligt werden, ohne eine Fotovoltaikanlage. Aber auch auf bestehende Dächer kann eine solche Anlage gebaut werden. Da kaum je der ganze erzeugte Strom selbst verbraucht werden kann, fliesst der überschüssige Strom ins Netzwerk des lokalen Elektrizitätswerkes, in unserem Kanton also ins Elektrizitätswerk des Kantons Zürich, dem EKZ. Ganz wichtig für den Betreiber der einer Fotovoltaikanlage ist der Tarif, den das EKZ für diesen eingespeisten Strom vergütet. Und hier liegt denn auch die Crux: das EKZ bezahlt 7.57Rappen pro kWh, der tiefste Tarif aller Kantone. Zum Vergleich: Zug bezahlt 12.23 Rappen, und Baselstadt gar 13.00 Rappen. Bezieht man Strom vom EKZ, so kostet dies um die 23 Rappen. Da muss sich doch etwas ändern.

29. April

Sie lassen ihre Motoren aufheulen und führen ihr BMW, Audi oder Mercedes vor, die Autoposer, die die armen Zürcher zur Weissglut treiben. Lärm um des Lärmes willen, und zwar bis 99 Dezibel laut, was dem Lärm eines Presslufthammers entspricht! Die Stadtpolizei hat entsprechende Messungen vorgenommen. Gewisse Strassen im Zentrum der Stadt scheinen sich für den Corso der teuren Renomierspielzeuge besonders zu eignen. Die Polizei will dort einschreiten. Gefordert werden «Lärmblitzer»

Wie erwartet hat der Zürcher Hauseigentümerverband das Referendum gegen das neue Energiegesetz, welche das Ende der Öl- und Gasheizungen besiegelt, beschlossen. Die nötigen 3000 Unterschriften stellen für den grossen Verband kein Problem dar.

Die verkehrspolitische Umweltorganisation «Umverkehr» lanciert zwei stadtzürcher Volksinitiativen. Die erste nennt sich «Zukunftsinitiative» und fordert, dass jährlich von der vom Autoverkehr beanspruchten Strassenfläche 0,5% für ÖV, Fuss- oder Veloverkehr umgewandelt werde.
Die zweite nennt sich «Gute-Luft-Initiative» und fordert, dass jährlich 0.5% der Strassenfläche in Grünfläche mit Bäumen umgewandelt werde. Eine Allianz von SP, Grünen, Jungparteien und 6 Umweltorganisationen sind Partner der beiden Volksinitiativen.

Vom 14. Bis zum 21. Januar dieses Jahres fiel in Zürich eine ganze Menge Schnee. Im Gemeinderat kam das Schneeräumen zur Sprache. Meinet die Linke, man hätte prioritär Autostrassen geräumt, meinte die SVP, man hätte zu wenig Leute für's Schneeräumen eingesetzt. Laut Angaben der Stadt wurden 160 Mitarbeitende und 120 Fahrzeuge eingesetzt. 17618 Arbeitsstunden wurden geleistet, davon 10% Überstunden. Der reguläre Schneeräumdienst kostet die Stadt 1,5 Millionen Franken pro Jahr.

30. April

Auch die VBZ sucht und installiert Überwachungskameras. Seit 2009 hat sie solche an zahlreichen Haltestellen eingebaut. Immerhin soll jetzt die neueste Generation auch Rauch, Menschenmengen und verletzte Personen automatisch erkennen können und nicht nur die Gesichtserkennung.

Die AL lanciert eine kantonale Volksinitiative, die fordert, dass die Corona-Hilfen unter anderem mit einem auf drei Jahr3e befristeten Zuschlag auf die Steuern für hohe Vermögen finanziert werden. Die AL hat die SP, die Grünen, und die CSP=, sowie den kantonalen Gewerkschaftsbund zum Mitmachen eingeladen, nicht aber die PdA, die doch eine sehr ähnliche Forderung, allerdings auf eidgenössischer Ebene lanciert hat.